

Wer Geld drucken darf

Zu Lust und Risiken des Kapitalverkehrs

Lucas Zeise

Ein kurzer Angriff von rechts aus Deutschland. Und schon pariert die Europäische Zentralbank (EZB). Am Donnerstag plazierte sie eine Erklärung auf ihrer Webseite über das sogenannte ANFA-Abkommen (Agreement on Net Financial Assets). Darin gestatten sich die 19 Zentralbanken, die zusammen mit der EZB das Euro-System bilden, Geld für andere Zwecke als geldpolitische auszugeben. Weil die Notenbanken inländische Währung, also Euro, selber herstellen können, ist dabei nicht die Frage, ob sie genug Geld haben, sondern wieviel sie auf diese Weise kreieren und ausgeben. Das geben einige Institute bekannt, andere nicht. Welche Grenzen für diese Art Geschäfte bestehen, bleibt unbekannt. Also ein Skandal. Denn den Notenbanken dürfen Parlamente und Regierungen zwar keine Anweisungen geben, aber die Notenbanker müssen über das, was sie tun und lassen, wenigstens berichten.

Man kann den Kollegen von der *FAZ* gratulieren, dass sie eine breite Öffentlichkeit informiert und die EZB wenigstens zu einer – wenn auch dürftigen – Reaktion veranlasst haben. Ärgerlich ist allerdings, dass die Zeitung, wie es ihre Art ist, das Falsche für skandalös hält. Im Artikel, der sich mit der Sache befasst, werden nur Figuren zitiert, die es schlimm finden, dass hier unter der Hand Geld zur Finanzierung der Staatshaushalte – noch dazu in Italien und Frankreich – geschaffen worden sein könnte, also die Staatsfinanzierung durch die Notenbank betrieben werde. Ärgerlich ist auch, dass sie dafür den manchmal witzigen Hans-Werner Sinn, Chef des Münchner Instituts für Wirtschaftsforschung (Ifo), zitieren konnten. Seine Worte waren auch in der *jW* am 8. Dezember als »Zitat des Tages« zu lesen: »Das Schöne am Euro ist, dass man sich im eigenen Keller Geld drucken kann, das in anderen Ländern als gesetzliches Zahlungsmittel anerkannt ist.«

Sinn hat schon recht, dass das für diejenigen mit einer eigenen Gelddruckmaschine im Keller angenehm ist. Die Deutsche Bundesbank beispielsweise kann selbstverständlich Euro »drucken«, die in Italien, Finnland und Griechenland gesetzliches Zahlungsmittel sind. Wie wir alle aber früher in diesem Jahr live miterlebt haben, konnte die Bank von

Griechenland genau das nicht. Ihr wurde es im entscheidenden Moment nicht erlaubt. Verboten hat es ihr die EZB-Führung, also die Chefs der andere 18 Zentralbanken in der Euro-Zone. Die geheime Gelddruckerei gemäß ANFA-Abkommen hatte übrigens schon im Sommer 2011 eine Rolle gespielt. Damals war Jean-Claude Trichet noch Boss in der EZB und Mario Draghi lediglich Chef der italienischen Notenbank. Die beiden schrieben einen Brief an den damaligen Ministerpräsidenten Italiens, Silvio Berlusconi, und drohten ihm, keine italienischen Staatspapiere mehr zu kaufen, wenn er nicht seine antisozialen Maßnahmen verschärfen würde. Auch der damalige spanische Regierungschef José Luis Zapatero erhielt einen derartigen Drohbrief. Wirklich skandalöse ist, dass die Entscheidung darüber, ob und zu welchem Zweck Geld gedruckt wird, bei einer antisozialen Erpresserbande liegt.

Unser Autor ist Finanzjournalist und Publizist. Er lebt in Frankfurt am Main

<http://www.jungewelt.de/2015/12-12/041.php>